

Tarifpolitische Rituale

Nichts außer drohen und warnen: Der Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst der Länder ist nicht gut. Das hat Gründe

Von Orhan Akman

Es ist etwas anderes, zu sagen »Wir haben ein Ergebnis« als beispielsweise »Wir haben den Tarifabschluss erkämpft!« Allein durch diese Wortwahl, mit der die Dienstleistungsgewerkschaft [Verdi am 14. Februar den Abschluss der Tarifrunde der Länder \(TV-L\) bekanntgab](#), wird den Kennern solcher Verhandlungen schnell klar, dass das erzielte Ergebnis kein Gutes sein kann, zumindest für Beschäftigte. Gestartet war Verdi im November mit der Forderung von sieben Prozent und mindestens 300 Euro mehr im Monat für eine Laufzeit von zwölf Monaten, »um die unteren Lohngruppen zu stärken«. Heraus kamen im wesentlichen 5,8 Prozent und mindestens 100 Euro für eine Laufzeit von 27 Monaten! Verdi kommentierte den Abschluss auf Facebook und in anderen Medien mit den Worten: »Damit halten die Länderbeschäftigten Anschluss an die Tarifentwicklung bei Bund und Kommunen – ein wichtiger Schritt für faire Bezahlung, bessere Arbeitsbedingungen und die Gewinnung von Personal im öffentlichen Dienst der Länder.«

Die fünf Nullmonate im Tarifergebnis werden vom Verdi-Bundesvorstand in den öffentlichen Statements verschwiegen. Erwähnt wird auch nicht die Diskrepanz zwischen Forderung und Ergebnis in bezug auf die Laufzeit. Über die vorangegangenen drei Verhandlungsrunden sagte Verdi-Bundesvorstandsmitglied und -Verhandlungsführerin Christine Behle in Kurzvideos auf Social-Media-Kanälen: »(...) Die waren nicht nur anstrengend, sondern sie waren erfolgreich, das will ich deutlich sagen. Wir haben Anschluss gehalten an die Entwicklung im öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen« (TVöD). »Das war unser Ziel.« Tatsächlich aber fällt der Abschluss nicht nur hinter den letzten TVöD-Abschluss zurück, sondern vertieft auch die Kluft zwischen TV-L und TVöD, was tarifpolitisch nicht erklärbar ist. Zum notwendigen Ziel, die Tarifverträge für die Beschäftigten der Länder sowie des Bundes und der Kommunen strategisch gemeinsam zu verhandeln, hat der Verdi-Bundesvorstand angeblich nichts zu sagen. Dabei sind gemeinsame Tarifrunden im öffentlichen Dienst (ÖD) dringend nötig.

Erfundene Streikalternativen

Nun existieren bei Tarifverhandlungen gewisse und fast immer wiederkehrende Rituale. Dazu gehören gute, zum Beispiel, dass mobilisiert und gestreikt wird. Doch so richtige Streiks gab es seit langem nicht mehr in Deutschland. Die Spitzen der Gewerkschaften trauen sich nicht richtig, sich mit dem Klassengegner oder mit dem öffentlichen Dienst (Kommunen, Länder und Bund) anzulegen. Im öffentlichen Dienst müssten sich ja dieselben Gewerkschaftsspitzen dann auch mit der »eigenen« Partei wie der SPD anlegen, die oftmals auf der anderen Seite die Verhandlungsführung stellt. Öffentlich und auf Kundgebungen wird aber gern demonstrativ auf die andere Seite geschimpft und mit dem Zeigefinger gewarnt.